

Wasser ja, Sonne naja, Wind nein

Eine neue Umfrage im Auftrag des Berner Energieversorgers BKW liefert Anhaltspunkte zum grossen Abstimmungskampf um das Stromgesetz. Für den Ausbau der Wasserkraft sprechen sich mehr als 80 Prozent der Befragten aus.

Benjamin Rosch

BERN. Es ist die zentrale Frage einer Vorlage, über die das Schweizer Stimmvolk am 9. Juni entscheidet: Soll in den Alpen mehr Strom aus erneuerbarer Energie produziert werden? Eine Umfrage der Agentur Sotomo im Auftrag des Energieversorgers BKW liefert dazu wenige Wochen vor dem Urnengang zum Stromgesetz neue Erkenntnisse.

Gemäss Umfrageresultaten darf das Ja-Lager schon bald einmal den Champagner für den Abstimmungssonntag kalt stellen. Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent aller Befragten steht hinter Energieprojekten für Erneuerbare in den Alpen.

Der Grund liegt gemäss Sotomo-Geschäftsführer Michael Hermann unter anderem im Wunsch nach mehr Energieunabhängigkeit der Schweiz – eines der zentralen Argumente, die Energieminister Albert Rösti (SVP) derzeit im Abstimmungskampf ins Feld führt. Als fast ebenso bedeutsam wird die Nachhaltigkeit dieser Energieproduktion empfunden.

Wasserkraft geniesst viel Sympathie

«Wirtschaftliche Aspekte, wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder die Förderung der regionalen Wirtschaft, werden zwar auch als Chance erkannt, jedoch weniger häufig genannt», heisst es in der Studie. Für jene Menschen, die in den Alpen leben, ist hingegen vor allem die Versorgung aus lokalen Quellen wichtig. «Massnahmen zur Förderung der autarken Energieversorgung in den Alpenregionen dürften entsprechend auf breite Zustimmung stossen und somit ein vielversprechender Ansatz sein, um die Akzeptanz von Energieprojekten im Alpenraum zu fördern», schlussfolgern die Studienautoren.

Bedenken gibt es hingegen bezüglich der Ästhetik der Anlagen im Landschaftsgefüge und der Verträglichkeit mit Wild- und Nutztieren. Interessant ist, wie unterschiedlich die Befragten die Nutzung der



Energieträger beurteilen. Die grössten Hoffnungen der Bevölkerung ruhen demzufolge klar auf der Wasserkraft. Etwas mehr als 80 Prozent der Befragten geben an, dass mehr in diese Energieproduktion

Wasserkraft hat in der Schweiz grossen Rückhalt.

BILD KEY

investiert werden sollte. Der Unterschied zwischen alpiner Bevölkerung und dem Rest der Schweiz ist dabei sehr gering: Die potenziell Direktbetroffenen (85 Prozent) wünschen sich den Ausbau sogar noch etwas stärker.

Auch das ist Wasser auf die Mühlen der Stromgesetz-Befürworter. Der Ausbau mithilfe von 16 Stausee-Projekten ist eines der Kernelemente der Vorlage vom 9. Juni. «Mit diesen Resultaten zeigt die Studie, dass das Hauptanliegen des Stromgesetzes mehrheitsfähig ist», lässt sich BKW zitieren. Der Stromkonzern befürwortet die Vorlage. Dieser hohe Wert ist angesichts der Vehemenz, mit der Wasserkraft-Projekte teilweise juristisch bekämpft werden, erstaunlich.

Windkraft fällt stark ab

Etwas anders sieht es bei alpinen Solaranlagen aus. Zwar geniessen diese mit rund 61 Prozent Zustimmung immer noch einen stabilen Rückhalt in der Bevölkerung. Allerdings ist die Marge im alpinen Raum mit rund 56 Prozent Zustimmung relativ klein. Dies spiegelt sich auch immer wieder in lokalen Abstimmungen wider, die derzeit im Rahmen des Solarexpresses stattfinden.

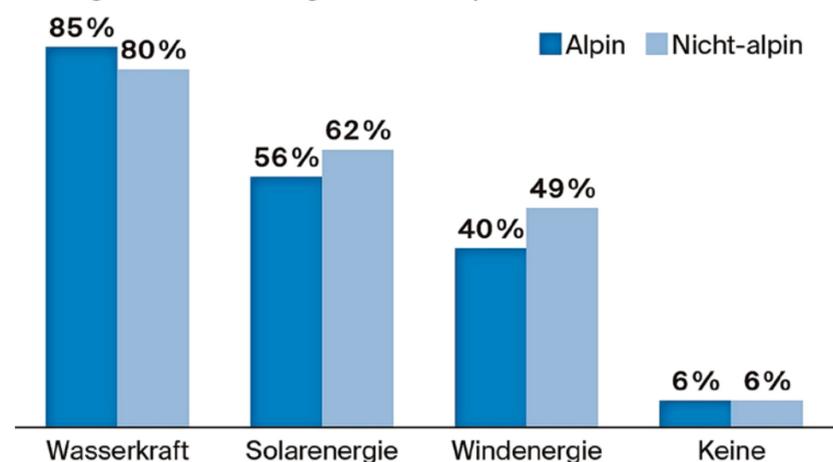
Zwar ist noch immer die Mehrzahl der Projekte in kommunalen Abstimmungen gutgeglitten. Doch sind vor allem seit vergangem Herbst immer wieder mittlere und grössere Vorhaben abgestürzt.

Den erwartungsgemäss schwersten Stand hat die Windkraft im alpinen Raum. Weder bei Berglern noch bei Städterinnen erreicht die Windenergie Zustimmungswerte von über 50 Prozent. Daraus dürfen vor allem die Gegner des Stromgesetzes Hoffnung schöpfen: Ihre Kampagne setzt stark auf die abschreckende Wirkung von Windturbinen inmitten unberührter Landschaften. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Tourismus. Nur noch 32 Prozent der Befragten geben an, die Schweiz solle Windkraft-Anlagen in touristischen Gebieten der Alpen bauen.

Die Daten für die Befragungsstudie hat Sotomo zwischen dem 12. und 26. Januar dieses Jahres erhoben. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 8829 Personen für die Auswertung verwendet werden. «Die Ergebnisse sind repräsentativ für die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren», schreibt dazu das Umfrageinstitut.

Investition in Energieproduktionsanlagen

Umfrage: In welche Anlage sollte im Alpenraum investiert werden?



Quellen: Sotomo, BKW/Grafik: let

Die Verwendung des Hakenkreuzes wird strafbar

Wer heute eine Nazi-Fahne kauft, kommt unter Umständen ungeschoren davon. Das soll sich ändern.

Michael Graber

BERN. Nazi-Symbole sollen in der Schweiz bald verboten werden. Der Nationalrat hat am Mittwoch mit grosser Mehrheit eine Motion angenommen, die ein generelles Verbot von «rasendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Symbolen» fordert. Diese soll aber stufenweise umgesetzt werden, wie Bundesrat Beat Jans ausführte. Bevor ein allgemeines

Verbot ausgearbeitet wird, soll zuerst ein Gesetz gegen die Nazi-Symbole aufgelegt werden.

«Nationalsozialistische Symbole haben in einer modernen Gesellschaft keinen Platz. Sie sollen öffentlich nicht verwendet werden dürfen», so Jans. Den Anstoss, ein Verbot für alle extremistischen Symbole vorzusehen, gab der Ständerat. Die Ständesvertreter stürzten sich an einem zu spezifischen Gesetz. Justizminister Jans begründete die gestaffelte Umsetzung mit der zuletzt stark angestiegenen Zahl antisemitischer Vorfälle.

Einzig die SVP wehrte sich gegen ein Verbot solcher Symbole. Dieses brauche es schlicht und einfach nicht. Schon

heute sei die Verwendung von Hakenkreuzen strafbar, wenn dabei der Nationalsozialismus verherrlicht werde, wandte Barbara Steinmann (ZH) ein.

Sowieso solle der Fokus nicht auf Verbote, sondern auf Aufklärung gelegt werden. Doch statt Geschichte «setzt die Schulpolitik seit einigen Jahren vielmehr auf modische Woke-Themen wie Gender-Sensibilität, drittes Geschlecht und dergleichen», sagte Steinemann.

Verbot von Hammer und Sichel

Mehrere Parlamentarier der SVP fanden es zudem befremdend, dass zwar das Hakenkreuz rasch verboten werde, gleichzeitig aber nicht auch Hammer und Sichel, das Symbol

des Kommunismus. Schliesslich seien durch den Kommunismus mehr Menschen umgebracht worden als durch den Nationalsozialismus.

Kommissionssprecher Raphaël Mahaim (SP/VD) brachten diese Einwände nicht aus der Ruhe. Er betonte, das eine Verbot schliesse das andere nicht aus. Zuerst gehe es aber um die Nazi-Symbole, da hier schon viel Vorarbeit geleistet wurde und das Anliegen rasch umsetzbar sei.

Ungehalten auf die SVP-Fragen reagierte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth: Es sei «unangemessen für eine demokratische Institution, wie viel Energie hier darauf verwendet wird, den industriellen Massenmord an Men-

schen und den Faschismus zu verharmlosen». Das Verbot von Hakenkreuz und Co. beschäftigt das Parlament seit Jahren. Der jüngste Effort geht eigentlich auf einen Vorstoss von Marianne Binder (Mitte/AG) zurück. Ihre explizite Forderung nach einem Verbot von Nazi-Symbolen wurde vom Ständerat breiter gefasst. Sie sagte zu dieser Zeitung vor der Behandlung im Nationalrat: Sie sei zuweilen etwas ratlos, «ob all den absurden Debatten, die ihre doch eigentlich sehr selbstverständliche Forderung ausgelöst hat».

Mit 132 zu 40 Stimmen bei 15 Enthaltungen ist die Schweiz nun zumindest ein grosses Stück näher an einem Verbot von rechtsextremen Zeichen.